

# Dresdner Volkszeitung

Verleihungsstelle: Gebra. Rader & Comp., Kt. 20618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verleihungsstelle: Gebra. Rader & Comp., Kt. 20618.

Bezugspreis einschließlich Bringericht monatlich 6.00 M., durch die Post zu jenen zweijährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftsführer nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: bis 9 geplante Komparatezeile 2.00 M. Zusatzanzeigen 1.50 M., die überschreitende 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Erhöhung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefübertragung 30 Pf.

Nr. 262

Dresden, Donnerstag den 11. November 1920

31. Jahrg.

## Der Missbrauch des Streikrechts

Noch einer L-U.-Meldung aus Berlin vom 11. November fand am Sonntag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Sitzung des Reichskabinetts statt, an der Minister Seberring teilnahm und in der er der Reichsregierung seinen Bericht über die Lage und seine Ansicht über die zu ergreifenden Maßnahmen mitteilte. Der Minister wiederholte bei dieser Gelegenheit den bereits am Sonnabend gemachten Vorschlag, ein Gesetz schleswig zu erlassen, das den Streik in lebenswichtigen Betrieben so schwer, daß nicht jeder syndikalische Treiber Tausende von Arbeitern in den Streik hineinziehen kann. In der Sitzung nahm auch der Berliner Oberbürgermeister Vermuth teil. Offenbar als Folge des Vorschlags des preußischen Ministers Seberring erging unter dem getragenen Tage die folgende vom Reichskanzler gegengezeichnete

**Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Stilllegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität versorgen:**

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. In Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen (Streiks) erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch gefällt hat und der Bekanntgabe des Schiedsspruchs mindestens drei Tage vergangen sind.

Wer zu einer nach Absatz 1 ungültigen Aussperrung oder Arbeitsniederlegung auffordert, oder zur Durchführung eines solchen Streiks an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch die die ordnungsmäßige Fortführung des Werks unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Gefängnis oder Geld bis 15.000 M. bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine nach Absatz 1 ungültige Aussperrung vornimmt.

§ 2. Werden durch Aussperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise stillgelegt, so ist der Reichsminister des Innern berechtigt, Notstandsbereiten und Notstandsbefreiung zu sichern, sowie alle Verwaltungsmassnahmen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder zur Weiterführung des Betriebes geeignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Die durch derartige Anordnungen entstehenden Kosten fallen dem Betriebsunternehmer zur Last.

§ 3. Arbeiter, Angestellte und Beamte, welche in Beachtung der Bestimmung des § 1 die Arbeit in den genannten Betrieben weiterführen oder gemäß § 2 angeordnete Notstandsbereiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsbefreiung leisten, dürfen dieshalb in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 10. November in Kraft.

Wir können nur unser Bedauern darüber aussprechen, daß dieser Erlass überhaupt notwendig geworden ist. Die Schuld daran tragen die unverantwortlichen linksradikalen Elemente, die jede wirtschaftliche Lohnbewegung vor der Entwicklung aller Verhandlungsmöglichkeiten im Sinne einer stetig-schiedlichen Ausgleichung der Gegenläufe zur Arbeitsniederlegung treiben und nach der Erreichung dieses Ziels unter frivolstem Missbrauch der in den Streik gestiegenen Massen den wirtschaftlichen Lohnkampf zu einem politischen Machtkampf auszugespielen versuchen. Alle gewerkschaftlichen Gründäße, deren Befolgung das Wirken der wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterschaft bisher erfolg- und segenreich für die werktätigen Massen des Volkes werden ließ, schlagen diese Vollstrecker in den Wind und sie gehen dabei, wie sich der kommunistische Streiführer der Berliner Elektrizitätsarbeiter, Sitt, gerühmt hat, über Leichen.

Die Gewerkschaften haben niemals den Streik als Selbstzweck betrachtet und ihre Mitglieder streiken nie aus Freude am Streik. Sie wünschen ganz genau, daß dieses Kampfmittel oft eine recht zweischneidige Waffe ist, und daß sie und ihre Familien bei seiner Anwendung schwer Opfer auf sich nehmen müssen, die recht oft auch den Erfolg nicht lohnen. In dieser Erkenntnis benötigen sie die Waffe des Streiks nur als Ultima ratio, wenn alle Bemühungen, auf andre Weise die Erfüllung berechtigter Forderungen durchzuführen, ergebnislos geblieben waren. Und vor der Anwendung dieses letzten Mittels wurde auch erst gewissenhaft das Taktik sondiert, wurden alle Umstände sorgfältig geprüft und erwogen, die den Erfolg eines Streiks zu fördern oder zu beeinträchtigen gezielt waren. Diese von dem Gefühl hoher Verantwortung für die Gewerkschaftsmitglieder und für die Allgemeinheit erfüllte Strategie und Taktik des gewerkschaftlichen Wirkens hat die Arbeiterschaft zwar nicht bravourös, aber stetig und sicher vorwärts gebracht.

Diese bewährten Methoden der deutschen Gewerkschaftsbewegung schlagen die kommunistischen Streikputschisten in den Wind, weil ihnen an einer wirklichen wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiterschaft gar nichts gelegen ist, weil sie die Massen durch die völlige Zersetzung und Zerstörung des Wirtschaftslebens nur noch mehr der durch den Krieg heraufschreitenden Verelendung in die Arme treiben und dadurch ihren Willen zum Misshinnehmen möchten.

## Radikale Schlagwortpolitik

Unabhängige und Kommunisten suchen durch übertriebene Vorwürfe gegen die Regierung und die Volkskammer die Not unserer Zeit für sich zum Wählersang auszunutzen. Es ist aber eine bewußte Irreführung der Wählerschaft, wenn von jener Seite behauptet wird, durch Verfälschungen der jüngsten Landesregierung sei die minderbemittelte Bevölkerung in die große Bedrängnis gekommen.

Weder Regierung noch Volksvertretung können für die Misere unserer Tage verantwortlich gemacht werden. Wohl aber haben verschiedene unverantwortliche Treibereien dazu beigetragen, die Leiden des werktätigen Volkes zu verschärfen.

Neben den Machinationen der reaktionären Parteien sind unserm Wirtschaftsleben und dem Volke durch die Ausputzung der Bergarbeiter zu Streiks in der Zeit schlimmster Kohlennot schwere Schäden geschlagen worden. Der

## Wahnwitz einer politischen Rätediktatur

war dabei die Triebfeder. Die politische Rätediktatur — noch heute rufen die Kommunisten darnach, während die Unabhängigen darum einen Gieranz nach dem andern aussöhnen. Die gewaltsame Diktatur einer Minderheit würde die Verzweiflung der Demokratie, das größte Unglück für unser Land und Volk, bedeuten. In Ungarn war die Rätediktatur der Schriftsteller der Reaktion, in Rußland hat sie machloses Elend im Gefolge gehabt. Bei uns würde sie im Bürgerkrieg den revolutionären Errungenschaften den Untergang bringen.

Ohnehin hat die linksradikale Bosheitspolitik verhängnisvoll gewirkt.

In einer Zeit, wo fruchtbare Zusammenarbeit aller freiheitlichen Kräfte das Gebot der Stunde war, haben Kommunisten und Unabhängige das Volk gegen die sozialistisch-demokratische Volksregierung aufgeputscht. So des Sicherer, geschlossenen Rückhalts einer festen Volksmehrheit beraubt, hat die Regierung daher ihre Maßnahmen nicht mehr mit der Entschiedenheit gegen agrarische und großkapitalistische Interessenten durchsetzen können. Das Volk hat darunter zu leiden.

Dieselben unabhängigen Quertreiber aber, die alles bessermachen wollten, haben möglich versagt, als sie mit einem starken Gefolge nach der letzten Wahl im Reichstag einzogen. Stattdessen Wahlversprechungen durch praktische Mitarbeit nachzukommen, haben sie in der Dresdner Agitationsfront verharrt und den Eintritt in die Regierung, die erste Voraussetzung einer ehrlichen sozialistischen Wirklichkeit, verweigert.

Warum? Weil sie genau wußten, daß auch sie in diesen furchtbaren Bedrängnissen nichts andres hätten erreichen können, wie die Sozialdemokratie in der früheren Regierung. Daraus aber hätte jeder unabhängige Arbeitervähler erkannt, in welch unverantwortlicher Weise er von den radikalen Wortmachern irregeführt worden ist.

Einen Zusammenbruch ihres windigen Agitationsgebäudes unter solchen Umständen haben die Unabhängigen gefürchtet. Darum ihre Abstinenzpolitik. Sie aber war eine schwere Verhängnis am Volke.

Am 14. November müssen die unabhängigen und kommunistischen Schlagwortpolitischer die Unwort darauf erhalten, daß sie mit der Volksnot Schindluber getrieben.

Keine Stimme den unabhängigen und kommunistischen Bosheitspolitikern:

Schaut euch alle mit uns wieder zusammen um das sturmerprobte Banner einer einheitlichen Arbeitersbewegung unter der Führung der alten Sozialdemokratie.

Sagt euch geschlossen ein für die Liste:

## Sindermann · Schwarz · Eva Büttner.

So nur können wir mit vereinten Kräften vorwärtskommen, so nur die revolutionären Errungenschaften sichern und ausbauen.

dabei geht nicht darauf an, ob sich Ihre Streik gegen das kapitalistische Unternehmertum richten oder gegen Betriebe, die, wie es in Berlin ist, einem sozialistisch geleiteten Gemeinwesen gehören, so daß dieses unverantwortliche Ziel den Gesamtteil der Bevölkerung, deren Hauptteil die Arbeiterschaft ausmacht, schwer in Mitleidenschaft zieht. Vielf. Gesamtteil gegen das verantwortungslose und zerstörende Wühlen und Willen einer winzigen aber rücksichtslosen Minderheit zu sichern und zu schützen, ist der Zweck der Streikverordnung des Reichspräsidenten, die nicht notwendig geworden wäre, wenn die Arbeiterschaft selbst diese Elemente in die nötigen Schranken gewiesen und bei jedem gewerkschaftlichen Wirken die Wahrung der bewährten gewerkschaftlichen Grundsätze durchgesetzt

scheit gegen "staatliche Vergewaltigung" anstimmen wird. Die besondere Arbeiterschaft wird sich dadurch nicht irre machen lassen, denn tatsächlich läßt die Verordnung das Streikrecht auch in lebenswichtigen Betrieben bestehen, nur wird die Einhaltung des alten gewerkschaftlichen Grundfahns verlangt, daß eben vor der Anwendung dieses Rechts erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein müssen, um auf diese Weise die Schädigung der Gesamtteil durch terroristische Bewegungen zu unterbinden.

Der Erlass des Reichspräsidenten ruht sich auf Artikel 48 der Reichsverfassung. Danach wäre die Verordnung wieder aufzuheben, wenn es vom Reichstag verlangt wird. Voraus-

sätzlich wird dieser den Erlass durch eine reichsgesetzliche Ordnung der ganzen Angelegenheit erlassen, die zweifellos, da sie von der Volksvertretung beschlossen werden muß, der von der Regierung allein verordneten Regelung der Dinge vorziehen ist.

Leider den Stand der wilden Streikbewegung in Berlin umfassen folgende Bildungen:

Berlin, 11. November. Die Funktionäre der freien

SLUB  
Wir führen Wissen.

lenden Elektrizitätswerke haben gestern in einer Versammlung, nachdem der Verband der Maschinen- und Heizer zum Streikaufruf geraten hatte, beschlossen, erneut eine Abstimmung vornehmen zu lassen, die heute vormittag beißt sein wird.

Berlin, 10. November. Der Magistrat fordert die Arbeiter und Beamten der höchsten Elektrizitätswerke auf, ihren Dienst bis spätestens Sonnabend nachmittag 8 Uhr aufzunehmen, währenddessen sie sich mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten haben. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, die zur Durchsetzung des Streiks Waffen, Anlagen oder Einrichtungen sabotiert oder an der Sabotage mitgewirkt haben, werden entlassen. Arbeitnehmer und Angestellte, gegen die Tatsachen vorliegen, aus denen folche Verdächtigungen zu schließen sind, werden bis zur endgültigen Feststellung ihrer Schuld unter Belastung ihrer Belegschaft vom Dienste suspendiert.

Berlin, 10. November. Nachdem sich der Magistrat nunmehr entschlossen hat, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, hat der Reichsminister des Innern für heute die Durchführung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten bereits beschlossenen Maßregeln ausgeschegelt.

Berlin, 10. November. Der linke Flügel der Knabenhänsel erhebt folgenden von Ernst Däumig und Adolf Hoffmann geschilderten Aufruf gegen den Generalstreik: Den Männerkindern die allenthalben angebrachte worden sind, und in denen zum Generalstreik aufgerufen wird, erklären wir, daß wir uns mit dieser Parole im genannten Augenblick nicht identifizieren und daß ebenso wie die Unterdrückung der R.S.D. auch die unselige fälschlicherweise unter diese Platze gesetzte werden ist.

## Der Streit um die Dieselmotoren

Paris, 11. November. Die Informationen melden: Da die Artikel 180 und 192 des Versailler Vertrags ausdrücklich vorcrireben, daß die Maschinen und Materialien, die aus den zerstörten Kriegsschiffen gewonnen werden, nur zu einem friedlichen Zweck verwendet werden dürfen, hat die Marinestrukte der Interalliierten Kommission in Berlin beschlossen, daß sämtliche Dieselmotoren zerstört werden müssen, da diese für eine friedliche Verwendung nicht geeignet seien.

## Wilson gegen Debs' Freilassung!

Auvers-sur-Oise, 9. November. Einer Plättlermeldung aus Neuport zufolge hat Wilson ein Gefüch um Begnadigung des wegen Gewissensbisseis mit dem Feinde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilten sozialistischen Präsidentenkandidaten Debs abgelehnt. Wilson ist der Ansicht, daß, wenn in diesem Falle Begnadigung erfolgen würde, dies eine Ermutigung zum Landesverrat im Falle eines künftigen Krieges sein würde.

## Reaktion und Beamtentum

Die reaktionäre Presse gefällt sich stets in einem wütenden Gelächter, sobald einmal ein tüchtiger Mann, der als überzeugter Sozialdemokrat bekannt ist, in eine wichtige und verantwortungsvolle Beamtenstelle berufen wird. Sie lacht in solchen Fällen über die „Politisierung des Beamtentums“, die in dieser Beziehung von Beamtenstellen ohne Rücksicht auf die Verteilungsherrigkeit des Ammeters liegen soll, und sie sucht es zu darzustellen, als würde der Einfluss, den die Sozialdemokraten noch der Revolution in der Regierung erlangt haben, zu Vorteilem gemäßigt.

Wer die Kritiken der Reaktionäre hört, könnte fast zu dem Glauben kommen, daß das deutschationale Fahnen und seine gefüllungsverwandten Kampfgenossen, als die Reaktion noch am Ruder war, niemals seine Anhänger in Beamtenstellen gebracht, sondern alle diese Posten an der „Stoßfront“ großmütig und neidlos den politischen Gegnern überlassen hätte. Wie lag es aber vor der Umwidlung vor zwei Jahren in Wirklichkeit aus? Da wurde jeder, der auch nur leise und zaghaft eine andre Meinung zu haben wagte, als der hochmögende Stoffkonjunktive Vorgefeigte, mit allen möglichen kleinen, kleinstlichen und kleinlichsten Schikanen bedacht, und wenn gar ein Beamter sozialdemokratischer Hofsichtung verdächtig war, dann konnte er sich auf jähnliche Maßregelung gefügt machen, auch wenn ihm dienstlich nicht das Geringste am Seine gefüllt werden konnte. Beispiele dafür könnten in Hülle und Fülle angeführt werden. Unter dem alten Regime mußte eben jeder Beamte vom Ministerpräsidenten bis herab zum letzten Nachtwächter eine streng konserватivie Bekennung an den Tag legen, wenn er sich nicht unmöglich machen wollte.

Heute möchten freilich die Parteien, die die Konserватive Erbherrschaft angetreten haben, besonders die sogenannte „Deutschnationalen Volkspartei“, an die politische Vergewaltigung des Beamtentums im alten Staate, in dem sie all-in-dos-Hest in der Hand hatten, nicht mehr gern erinnert sein; ihr Geschrei über die Besetzung von Beamtenstellen mit Sozialdemokraten würde sonst zu offensichtlich als Hennelei drittklassiger Art erkannt und durchschaut werden. Gerade die Wirkung der Aufdeckung dieser alten Sünden der früheren konservativen Herrschaft muß uns aber veranlassen, den reaktionären Blättern und Parteien bei passenden Gelegenheiten einen Spiegel vor ihr heuchlerisches Gesicht zu halten und der Öffentlichkeit zu zeigen, wie diese Kreise früher, als sie noch am Ruder waren, mit der Freiheit der politischen Überzeugung des Beamtentums umgegangen sind.

Beim Durchblättern alter Zeitungen fällt uns eine Runde des konservative Vaterlandes vom Jahre 1903 in die Hände, in der die tiefgründige Vertrüfung darüber ange stellt werden, wie die steigende sozialdemokratische Macht jurisdicidieren und der drohende Umsturz zu unterdrücken wäre. Und auf die Frage: „Was muß geschehen zur Beschwörung der drohenden Gefahr?“ antwortet sinnloslich das konservative Vaterland:

„Noch unter persönlichen Meinung muß vor allem die Autorität des Staates bei allen Beamtenklassen wieder festigt werden. Sie müssen wissen, daß sie verpflichtet sind, mit ihrer Verlon, mit ihrem ganzen Können und Willen einzutreten für seine Erhaltung. Sie müssen sich an die Stoße der Gegner der Revolutionärer stellen als die geborenen Verteidiger von Kron und Vaterland. Für ihre Dienstleistungen sollten hinfest nicht ihre Dienstlichen Leistungen allein, sondern es sollte auch noch ihre politische Tätigkeit bei Beförderung des Umsturzes in Betracht gezogen werden.“ (!)

Gerade das letzte Satz beleuchtet die Auslösung der Reaktionäre von der Anwohl der Beamten scharf und treffend. Für diese Herren war nicht die Leistung und die dienstliche Fröhlichkeit für die Einflussnahme und Mafährerung

eines Beamten maßgebend, sondern die politische Tätigkeit in der Bekämpfung des Umsturzes, die gleichbedeutend war mit streiterischer und schleimiger Geplunkerei und mit der hinterhältigen Denunziation jedes Kollegen, der einmal ein unvorsichtiges freies Wort zu äußern wagte. Und dieselben Leute, die früher die Beamten in dieser sprudelnden und schamlosen Weise zu ihren reaktionären politischen Zwecken ausnutzten und missbrauchten, die durch die Entfärbung der Beamten nach dem Mok ihrer politischen Prostituierung statt nach Höchstheit und Leistung das ganze Beamtentum korrumptierten, sie mimen heute sittliche Entrüstung, wenn auch einmal einem Sozialdemokraten vorliegen, aus denen solche Verdächtigungen zu schließen sind, werden bis zur endgültigen Feststellung ihrer Schuld unter Belastung ihrer Belegschaft vom Dienste suspendiert.

Die zitierte Zeile stammt aus einem alten Jahrgange des konservative Vaterlandes und hoffentlich dazu beige tragen, daß das reaktionäre Schindluder Spiel mit dem Beamtentum im ganzen Volke und besonders in den Kreisen der Beamten selbst die Würdigung erhält, die es verdient. Gelegenheit dazu bietet die Landtag Wahl am Sonntag, bei der kein freier Mensch und besonders auch kein auf seine Staatsbürgervürde bedachter Beamter diesen Reaktionären seine Stimme geben darf.

## Minister Hermes über die Ernährungsfrage

Berlin, 10. November. Heute wurde im Hauptausschuß des Reichstages die Thematik über die Politik des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt. Reichsminister Hermes teilte mit: Die Ernte, besonders in Roggen, sei zwar sehr schlecht gewesen; damit er in liche sich aber nicht die schmalen Aussichten des Getreidebedarfs erläutert. Der Schlechthandel in Mehl nehme einen riesenhaften Umlauf an. Der Minister appelliert an die Landwirtschaft, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Dinge nicht weiter zu treiben zu lassen. Die Saatfräse sei ungünstig. Nach der Schädigung der Saatfräse ist leicht die Saatfräse im Jahr 1920 gleich 4,20 Millionen Tonnen gegen 4,5 Millionen Tonnen im Jahre 1919 und 4,2 Millionen Tonnen im Jahre 1918. Was die Auerbewirtschaftung unterstellt, so sei den eigenen Bedürfnissen der Landwirtschaft ein Auer durch die gegenwärtigen Beschränkungen genügend Spielraum gegeben. Räume es zur Freizeit, so würde der Auer ins Ausland flöhen. Die Ernährungsausichten für den Winter sind nicht trostlos, aber schwierig. Die Nutzung des Milchwirtschaftslands könnte im allgemeinen nicht ungünstig bezeichnet werden. Ernährungs-Material über den Stand der Milchwirtschaft liegt, abgesehen von der Stadt Berlin, nur bis zum 1. September vor. Stellt man allgemein Vergleich zwischen diesem Jahr und den drei vorangegangenen Jahren an, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Milch

versorgung dieses Jahr noch dem Zustand des Jahres 1914 die Höhe des Jahres 1917 wieder erreicht hat. Überdies erklärt der Minister, daß der Kriegsorganisationen erklärt der Minister, daß der Kriegsorganisationen über die das Ernährungsministerium bei seiner Einrichtung am 1. April 1920 die Dienststelle oder bis zum 1. April 1921 in Liquidation treten werden. Im Reichsministerium seien als keine Amtswillkürstellen eine bewirtschaftende Tätigkeit 12 Organisationen übergegangen, und damit aus der Dienstaufsicht des Ernährungsministeriums ausgeschieden. Mit einer über den 1. April 1921 hinzuaddizierten Dauer bei hoher nur noch bei 5 Kriegsorganisationen zu zählen, nämlich bei der Reichsgetreideanstalt, Reichsgetreidestelle, Reichsleistungsstelle, Reichsstelle für Speisefette und bei der Reichszaun-

stelle. Über die Lage der Auerwirtschaft äußerte der Minister:

Schon heute zu erklären, daß vom Herbst des Jahres 1921 an unter allen Umständen und auf jeden Fall die Auerwirtschaft frei sei, ist die Regierung nicht in der Lage. Die Verhältnisse sind nicht nur ihnen, sondern vornehmlich auch noch außerhalb viel zu wenig geklärt. — Es folgt dann eine lebhafte Geschäftsstunde über einen Antrag Dr. Rosenfeld, Dr. Herz und Dr. Wurm (L. Soz.), die Diskussion über das Ernährungsministerium in der morgigen Sitzung zu unterbrechen und den Rat des Reichspräsidenten auf Grund Artikel 48 Sitzung zu rufen. Durch Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen abgelehnt.

— Fortsetzung der Aussprache über den Rat des Ernährungsministeriums folgt morgen.

Abg. Schmidt, Berlin (Soz.): Ich bin gegen die Einsicht von Bananen und ähnlichen Genussmittel. Auch die Gemüseproduktion von Holland ist wegen der hohen Kosten für die arbeitende Bevölkerung nicht von Nutzen. Nur bin ich ebenfalls für Förderung der Ernährungswirtschaft, doch versteht es nicht, daß bei der gegenwärtigen Entwicklung in einigen Monaten schon Begleiterscheinungen wirtschaftlicher und politischer Natur zu befürchten seien werden.

Sodann folgt eine lebhafte Geschäftsstunde, die besteht über einen Antrag Dr. Rosenfeld, Dr. Herz und Dr. Wurm (L. Soz.) dahingehend, die Diskussion über das Ernährungsministerium in der morgigen Sitzung zu unterbrechen und an Stelle dessen den Rat des Reichspräsidenten zu berufen, um hierbei zu der Beratung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48, die soeben durch die Mittagsabstimmung bestimmt geworden ist, Sitzung zu nehmen. (Besprechung gegen wilde Streiks und wilde Auseinandersetzungen in lebenswichtigen Bereichen.)

Abg. Müller, Frankfurt (Tau.): Widerbericht einer Unterbericht der Verhandlungen über den Rat des Ernährungsministeriums. Die Beratung ist dem Reichstag vorzulegen und von ihm zu behandeln. Der Haushaltsausschuß ist nicht berechtigt, dem Raten vonzugreifen.

Rathen f. d. Z. zur Sache nach mehrere Abstimmungen gekommen. Nach der Abstimmung der Unabhängigen abgelehnt.

## Die Taktik der Kohlenmagnaten

Berlin, 10. November. Der gemeinsame Ausschuß des Reichskohlestaats und des Reichskohlenzentrals zur Beratung der Sozialisierungsklage setzte heute seine Beratungen fort. Die Elterns Verhandlungen, an denen die Herren Dr. Barthold, Stinnes, Dr. Bögl, Dr. Silbersberg, Ambros, Wagner und Werner teilnahmen, haben dazu geführt, daß die erwarteten sechs Herren sich auf ein Gutachten eingestellt, das heute vorgetragen wurde. Dieses Gutachten bestätigt, daß die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus vom Gesichtspunkt der Gesamtwirtschaft aus behandelt werden müsse.

**Sozialisierung**  
müssen verstanden werden die Sicherstellung, daß alle Erzeugungsmittel im gesamtstaatlichen Interesse so vollständig ausgenutzt werden, wie nur möglich, unter gleichzeitiger Mitbestellung und dementsprechendem Mitbestimmungsrecht, und Mitverantwortlichkeit aller an der Erzeugung Beteiligten. Es werden u. a. folgende

aufgestellt:  
**Konzessionierung der Erzeugungsmittel**  
mit dem Bilde der Schaffung höchster Werte im Inland, wodurch einem möglichst großen Teile des Volkes einmal die Möglichkeit der Arbeit, dann der höchste Gegenwert für die Arbeitsteilung und der Vollzähligkeit der lebensnotwendige Unterhalt geschaffen wird. Nur Erzeugnisse weitreichender Verfeinerung dürfen ausgeführt werden.

Der Erzeugungsbereich muß so gestaltet werden, daß durch Verbilligung der Selbstkosten einmal bei der Ausfuhr ins Ausland die höchstmöglichen Raten verbleibt und gleichzeitig der Auslandsbedarf möglichst billig gedeckt werden kann. Aus diesen Erwägungen ergibt sich, daß unter Ablehnung aller Trustbildungen aus lediglich finanziellen Betrachtungen durch Bildung von natürlichen Interessengemeinschaften in Kohlenbergbau und Weiterverarbeitung die höchste Produktivität gewährleistet werden kann. Zu diesem Zweck ist den andern Industrien der weitaus größte Teil der Röhrerungen nach eigenen Bedürfnissen zu überlassen, die sie nach Bedingung des allgemeinen unmittelbaren Kohlenbedarfs im bisherigen Umfang über diesen hinaus erzeugen. Unterschied haben die andern Industrien die Verpflichtung, den Bergbau in jeder Hinsicht zu fördern.

Somit nicht das eigene unmittelbare Interesse der so zusammengefaßten Unternehmungen hierbei ausscheiden sollte, mag durch geeignete Überwachung der an der Erzeugung interessierten Betriebe in den Aufsichtsräten dieser Unternehmungen darauf hingewirkt werden. Das Gutachten schlägt vor, eine ausreichende Beteiligung der Beamten und Arbeiterschaft am Kapital der größeren und persönlich gewordenen Unternehmen durch Aktien zu 100 R. oder in Form von Nebengewinnzuschüssen zu schaffen. Diese Kapitalbeteiligung der Arbeiter und Beamten gibt auch die Grundlage zur wirklichenVerteilung in dem Ausschlußrat. Daneben sind die Betriebsräte mit lebensfristigem Inhalt zu führen.

Während für den Ausschuß von Bergwerken die Gewerkschaft mit nicht begrenztem Kapital als besondere gesetzliche Gesellschaftsform anerkannt werden muß, ist für die Förderung stehenden Bergwerksunternehmen an dem Beginn der dauernd geführten Rentabilität an die Aktiengesellschaft die geeignete Gesellschaftsform, die jedoch durch die Schaffung von Aktien mit Dividendenbefreiung und von Kleinaktien neben den gewöhnlichen Aktien zu verbessern ist. Die Beteiligung der Allgemeinheit an den Erträgen des Bergbaus ist im Wege der Besteuerung zu verhindern. Die bestehende Kohlensteuer ist nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu individualisieren und auszubauen. Jede zentralistische Verwaltung und ebenso die beiden Vorschläge der Sozialisierungskommission sind abzulehnen.

Der Vertreter der Arbeitergemeinschaft freier Angestellter Werner brachte einen  
**Gegenvorschlag**  
ein, der sich an das Gutachten der Weisheit der Siebener-Kommision der beiden Sozialisierungskomitee anlehnt, aber einige neue Gesichtspunkte vorbringt. Die Leistung, so wird ausgesetzt, kann nur steigen, wenn die Arbeitsteilung erhöht wird. Das lädt sich durch Besteigung der Arbeiterschaft auf der Seite der Bergwerke (Betriebsräte) erzielen. Werner fordert für den Gewerkschaftsvertretungen mit dem Ausbau der Organisation

indem er betont, daß der Kohlenbergbau in die Gemeinschaft aufgenommen werden soll, die gesellschaftliche Grundlage überzuführen ist, deren Träger die bauliche Kohlengemeinschaft ist. Wie in den konsumgenossenschaftlichen ist die obere Körperschaft die Generalversammlung, der Reichskohlenzentral. Er soll zu einem Sachverständigengremium ausgebaut werden. Den einzelnen Werken ist ein weitgehender Eigentum zu gestatten. Bürokratisierung ist unbedingt zu verhindern. Zur Erfüllung der Unternehmensaufgaben ist die Ablösung der Obligationen aus, verbindlich mit 4 v. H. Der Neingewinn ist mit einem Drittel zur Auslösung der Obligationen, zu einem weiteren Drittel zu Rücklagen und zu einem Drittel für kulturelle Zwecke im Interesse der betreibenden Bevölkerung zu verwenden.

In der Aussprache wurden die beiden Gutachten eingehend begründet. Schließlich wurde die Beratung auf Vorschlag eines Vertreters der Arbeitnehmer abgebrochen, da die Arbeitnehmer erklärten, unter sich dringend einer Verhandlung zu bedürfen.

Die Taktik unserer Vergherren geht jetzt offenbar dahin, daß sie versuchen wollen, die Sozialisierung des Bergbaus zu verhindern, indem sie vorschlagen, die Arbeiter und Angestellten an den Erträgen des Bergbaus interessiert sind, von diesen bei allen Preis-erhöhungs-forderungen entschieden unterstützt werden. Eine solche Sozialisierung, die nur dazu führen würde, die Arbeitnehmer des Bergbaus zu Gefolgskräften der Bergwerke zu machen, ist entschieden abzulehnen. Was von der Mehrheit der Kommission unter Sozialisierung verhandelt wird, ist in Wirklichkeit keine Sozialisierung. Bei der Sozialisierung kommt es nicht daran an, daß alle an der Erzeugung Beteiligten ein Mitbestimmungsrecht haben, sondern darauf, daß die Allgemeinheit einen ausschlaggebenden Einfluß auf den Bergbau hat und daß, wenn die Sozialisierung durchgeführt ist, das Eigentum sich in den Händen der Allgemeinheit befindet. Letztendlich haben zwei von den der Kommission angehörenden Arbeitnehmervertretern sich nur zu sehr von den Unternehmervertretern ins Schleudern lassen lassen.

So bedenklich auch die Vorschläge, die von dem Ausschuß in Essen gemacht werden, so wird man doch an ihnen nicht aktiv vorübergehen dürfen. Wettbewerb zwischen ist vor allen Dingen, daß bei ihrer Verwirklichung die Bildung von Interessengemeinschaften zwischen Kohlenbergbau und Weiterverarbeitung möglich bleibt. Auch die Beteiligung der Arbeitnehmer und Angestellten an den Erträgen des Kohlenbergbaus ist vielleicht nicht unter allen Umständen abzulehnen. Aber das braucht nicht zu hindern, daß das Eigentum an dem Bergbau wenigstens zum überwiegenden Teil in die Hände der Allgemeinheit kommt. Man könnte vielleicht bestimmen, daß die im Bergbau an leitender Stelle oder auf den Betrieben und Arbeitern an den Erträgen des Kohlenbergbaus ist zu einem bestimmten Höchstbetrag freie Durchsetzung, aber die große Mehrheit der Aktien des Kohlenbergbaus müßte vom Reich oder einer besonderen für diesen Zweck zu schaffenden gemeinnützigen Organisation übernommen werden, so daß die Allgemeinheit die Verfügungsgewalt über den Bergbau hätte. Die bisherigen äußeren Formen der Unternehmungen könnten zunächst beibehalten werden. Damit wäre auch die nötige Bewegungsfreiheit für die Leiter der Betriebe gewährleistet, während anderseits für die Allgemeinheit vor jedem Missbrauch und jedem Verzweigungsversuch geschützt wäre, daß sich eben die Weisheit der Masse in Gemeinbesitz befände. Sind im Interesse einer besseren wirtschaftlichen Gestaltung des Kohlenbergbaus, der Kohlennutzung und der Kohlenverteilung Zusammenstöße von Betrieben notwendig, so können diese leicht auf ähnliche Weise durchgeführt werden wie jetzt.

Die Aussprache über den Rat des Ernährungsministeriums folgt morgen.

Die Dresdner Volkszeitung

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

## Die Lage im französischen Bergbau u.

Paris, 10. November. Nachdem die Gewerkschaft der Bergarbeiter sich geweigert hat, mit den Vertretern der Grubenbesitzer in Verhandlungen über die Lohnfrage einzutreten, um nicht auch die Vertreter der anderen Untergangsarbeiter einzuladen würden, haben der Arbeitsminister und der zuständige Vertreter von der nationalen Föderation der Bergarbeiter gerichtet. Darin wird dem Zentralomitee der Bergarbeiter die volle Verantwortung für die Folgen zugetrieben, wenn sie auf dem Standpunkt behalten, mit den Industriellen über die Lohnstreitigkeiten nicht verhandeln zu wollen.

### Der verpusste Streik in Belgien

Brüssel, 10. November. Nach Zeitungsmitteilungen ist der Zustand der Bergleute in Mittelbelgien als mißgelaufen zu bezeichnen, da nur der dritte Teil der Arbeitnehmer an der Abstimmung teilgenommen hat. Den Bergleuten ist daher die Aufnahme der Arbeit vom Bergbausicherheitsamt empfohlen worden.

## Deutschlands Aufrichtigkeit

Lord George erklärte auf dem Rothmoreskantett in Guildford, die Präsident der Aufrichtigkeit Deutschland, doch es den Telebudentrag auszuhören gegebe, ist die Entlastung. Er habe vor einigen Stunden das Brief des Kriegsministers bekommen, der beständig sei. Die deutsche Kriegsmarine sei tatsächlich entwaffnet; nicht in Deutschland sei deshalb beunruhigt. Das deutsche Heer werde nach seiner vorgeholteten Ziffer von 100 000 Mann und die schwere Artillerie sei fast vollständig abgeliefert. Es finden sich nur noch viel Gewicht in den Händen der Bevölkerung, dies sei aber eine viel größere Gefahr für Deutschland selbst als für seine Nachbarn. Deutschland kann nicht mehr aggressiv sein. Die deutsche Regierung sei aufrichtig bemüht in dem Bereich, die Friedensbedingungen auf das Beste anzulegen.

Die zweite Frage von größerer Bedeutung sei die Frage der Wiedergutmachung. Deutschland sei bereit zu geben, in die gewisse Vorschläge zu unterteilen, wie es seinen Ansprüchen aufzumachen gedenkt. Es sei darüber sehr bestreitig gewesen, nicht wegen der Vorschläge an sich, sondern weil sie den Beweis geliefert hätten, daß die deutschen Staatsmänner zu finanzielle das Problem der Wiedergutmachung mit der Abschaffung, Mittel und Wege zu finden, wie Deutschland seinen Ansprüchen aufzumachen könne. Diese Vorschläge werden nun nicht auf der Konferenz gestellt. Wenn in allen alliierten Ländern der Rat dieser befürwortet würde, deren einziges Ziel es sei, die verdeckten Gebiete wieder herzustellen, und nicht der Rat dieser, die verdeckten gegangene Revolution wieder herstellen wollen (eine solche Spur gegen die französische Schatzmeister Poenaru, Caron, Landwehr und Co.). Die Neu-, dann zweite Etappe daran, nach der Frieden längs des Weges zu finden sei, die an einer guten Entwicklung führt. Lord George sprach sich dann für den Frieden mit Frankreich aus, der ebenso notwendig ist. Der Friede ist ein wahrhafter Glaube. Er kann vorübergehen. Er ist aber Frankreich verfallen, dass dauerter es vielleicht einen Menschenalter, bevor es erlischt ist.

Zur inneren Politik betonte Lord George, daß die Hauptpfeile von Mithränen unter den Arbeitern selbst und gegenüber ihren eigenen Führern nicht weggeluzzen sei. Doch zeigten sich die Anhänger, daß die Lage sich besserte.

## Bertrauen und Misstrauen

Während Lord George in der Guildehall Deutschlands Entwaffnung und sonstige Bereitschaft zur Vollstreckung anerkannte, teilte Churchill im Unterhause mit, daß die britische Bevölkerung in diesem ehrlichen und ohnmächtigen Deutschland 1920 nicht weniger als 8,8 Milliarden Pfund kostet 100 Millionen Mark. Die Bevölkerung für das und vorwiegende Leistungsfähigkeit bringen vom Waffenstillstandsschuh bis zum 30. September 1920 ungefähr 60 Millionen Pfund, das sind heute 176 000 Millionen Mark. Und das muß das Friedensbereite, gedemütigte und unverachtete Deutschland zahlen!

Validen, Witwen und Waisen gezahlt werden. — Die durch die neuen Julagen entstehenden Kosten werden von den Bergwerksunternehmern und den Versicherungen je zur Hälfte getragen, so daß vom 1. November 1920 an neben den jahrgangs-mäßigen Beiträgen zur Kasse noch eine Umlage von möglichst 1,50 M. vom Mitglied und ebensoviel vom Werke zu entrichten ist.

Neben die Auszahlung der neuen Julagen wird in den nächsten Tagen Weiteres bekanntgegeben werden.

## Aus aller Welt

### Wohnsinnstat eines Arztes

Schweden, 11. November. Neben die letzten Operationen des erfahrener Sanitätsrat Dr. Gebhardt in Schweden wird mitgeteilt, daß die sehr hoffe bestätigte Übertragung vor etwa drei Wochen physisch zusammenbrach. Dr. Gebhardt soll in einem Wohnsinnanfall an einer Frau, die während der Operation unter seinen Händen verstorben war, weiter operiert und den Eintritt, daß die Frau bereits eine Tochter sei, unbedacht gelassen haben. Dieser soll er einem Soldaten den ganzen Arm abschneiden haben, so daß der Soldat verblieb. Eine Frau die eine leichte Ohrenentzündung hatte, soll Dr. Gebhardt das ganze Ohr abgeschneiden haben.

## Neueste Telegramme

### Rote Truppen in der Krim

Karsk, 11. November. Nach einer Landeser Wahlung der Kommunisten sind die roten Truppen in die Krim eingedrungen. Sie haben nach helligen Kampf die Landesregierung von Kerch besiegt. Eine Division Mongols hat sich ergeben. Die östlich der Krim liegende Stadt Sisowat ist genommen worden.

### Regierungsbildung in Thüringen

Weimar, 10. November. Heute abend wurde nach fünf Stunden, zum Teil erstickter Arbeit die Regierungsbildung für Thüringen beendet. Gewählt wurde die sozialistische Röte mit Hilfe der 4 Demokraten und der 11 Unabhängigen. Die Kommunisten verbreiteten sich neutral. Die vereinigte Rechte blieb zusammen aus Dr. Paulsen (Demokrat), Dr. Benz und Dr. Brandenstein (parteilos) und Erdmann (Soz.). Die Ministerien werden in einer der nächsten Sitzungen eingesetzt. Als Staatssekretäre wurden gewählt Hartmann, Rudolfleit (Soz.), Dr. Bielefeld, Sonderhausen, und Professor Erdmann (Demokrat).

## Devisenkurse

	Berlin, 10. November. (Karl.)	10. 11. 10. 11. 9. 11. 9. 11.			
	Geld	Telef.	Wise	Brie	
Dollark	100 Gulden	287,45	274,55	257,40	257,60
Schweiz	100 Franc	1907,8	1810,35	1821,15	1823,95
Spanien	100 Peseten	21,97	22,03	—	—
Spanien (alte)	100 Peseten	21,97	22,03	—	—
Spanien (deutschl. abged.)	100 Kronen	28,47	28,55	28,72	28,78
Spanien	100 Kronen	87,62	87,72	88,02	88,22
Belgien-Antwerpen	100 Franc	325,45	325,55	329,45	329,55
Belgien-Antwerpen	100 Lire	289,70	289,80	292,20	292,50
London	1 £. Sterling	258,70	257,80	260,20	260,80
Neapel	1 Dollar	85,18	85,34	87,68	87,84
Paris	100 Franc	490,50	500,50	497,50	495,50

## Aus dem Wirtschaftsleben

Von der Bildung der Interessengemeinschaft zwischen Siemens-Schuckert und der Rhein-Eibe-Union ist berichtet worden. Bei dem

### Siemens-Schuckert-Konzern

kommt es sich um drei verschiedene Unternehmen, einmal um die Siemens-Schuckert-A.G., Berlin, die vor kurzem ihr Aktienkapital von 88 auf 128 Millionen M. erhöht hat. Zum Schluß vor Übernahme sind 8,5 Millionen M. alte Aktien in Rammenau mit 80%igem Stimmrecht umgewandelt worden, die im Besitz der Familie Siemens bleiben sollen. Ferner gehört zu dem Siemens-Schuckert-Konzern die Elektrogeräte A.G., vormals Schuckert u. Co., in Nürnberg, die bisher mit einem Aktienkapital von 70 Millionen M. gearbeitet hat. Die Schuckert-Gesellschaft hat ausgedehnte internationale Beziehungen, unter ihnen durch die ihr nahestehende Continental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, welche sie die Gesellschaft zur wirtschaftlichen Sicherung Bohrers (Boher'sche Waffenschafftergesellschaft) errichtet, die sich mit der Vorbereitung des Aufbaues der bohemischen Waffenschaffter beschäftigt. Drei weitere Unternehmen des Siemens-Schuckert-Konzerns sind die Siemens-Schuckert-Werke, G.m.b.H., in Berlin, die ein Stammkapital von 80 Millionen M. haben. Von diesen 80 Millionen M. befinden sich 45,05 Millionen M. im Besitz von Siemens u. Halske und 44,95 Millionen M. im Besitz von Schuckert u. Co. Ueber die materiellen Vereinbarungen, die über die Interessengemeinschaft geschlossen worden sind, ist in der Öffentlichkeit noch nichts bekannt geworden. Die Rhein-Eibe-Union bringt für den Siemens-Konzern Eisen und Kohle, außerdem auch Messing, Münzmetall und Glasdruckraum. Außer den bisher gemelbten Zusammenschlüssen sind noch mehrere andre erfolgt.

### Der Rothenberger Hüttent- und Werkzeugverein

ermächtigt das Vermögen des Rothenberger Hüttent- und Stahlwerkes gegen Bezahlung von 700 Prozent für die Aktien. Es müssen im ganzen die ersten Erwerb 81 Millionen M. aufgebracht werden. Der erwähnte Rothenberger Hüttent- und Werkzeugverein schließt seiner mit den Königshorn-A.G. eine Interessengemeinschaft auf 20 Jahre mit dem Zweck, die Werke des Rothenberger Hüttent- und Werkzeugvereins mit dem Königshorn-A.G. zu verschmelzen und für eine regelmäßige Abnahme der Königshornlochle Tonne zu tragen. Der Hüttentverein besitzt den Aktienanteil der Königshorn-A.G. auf die Tore des Vertrages eine Beteiligung von 20 Prozent. Außerdem wird den Königshorn-Aktienangeboten, daß ihnen für eine Höhe 1800 M. in der oder eine Rothenberger Aktie und 8500 M. in der Königshorn-Aktie ausgeschüttet werden. Der Rothenberger Hüttent- und Werkzeugverein bereitet für sich nach Abschluß der in Rothenberg gelegenen Hüttentwerke hauptsächlich nur noch Stein- und Kohlenbergbau, aber er hat sich durch Interessengemeinschaft das Rossenreisenthaler Manufaktur und die Altmetallgesellschaft Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie, ferner in laufenden Jahre durch Fusion die Gelehrte Eisenwerke angegliedert.

### Die Gute-Hoffnung-Hütte

Ist eine Interessengemeinschaft mit der Maschinenfabrik Ebingen abgeschlossen und auch eine enge Verbindung mit der Rohstoffgesellschaft Augsburg-Nürnberg hergestellt. Die Interessengemeinschaft soll in einer umfassenden gemeinsamen Organisation, die sich auf den Absatz der Erzeugnisse erstreckt, zum Ausdruck kommen.

So gliedern sich die großen Stollen- und Hüttenundernehmen immer mehr Unternehmungen der Bergindustrie an. Dabei bilden sich großkapitalistische Gesellschaften, die über ein Kapital von vielen Millionen von Millionen verfügen und eine

gewaltige wirtschaftliche Macht darstellen. Für die Rohstoff erzeugenden Betriebe liegt der Vorteil in dem gesicherten Absatz ihrer Erzeugnisse, für die weiterverarbeitenden Betriebe für die Sicherstellung ihres Rohstoff- und Kohlenbezugs. Da es einen beständigen Kongress angeschlossenen Betrieben der Bergindustrie brauchen nicht mehr zu fürchten, daß ihnen durch hohe Preisforderungen der Rohstoffindustrie der Gewinn zu abgeschrägt wird, weil sie ja nun selbst an den dort erzielten Gewinnen teilnehmen. Ausschließlich bedeutet diese Zusammenfassung eine wirtschaftliche Fortschreibung. Sie wird dazu führen, daß vorher gewirtschaftet wird, daß unnötige Handelskosten vermieden und auch die einzelnen Betriebe technisch möglichst geweckt ausgestaltet werden. Auch haben die Konkurrenzbetriebe ein Interesse daran, daß die von ihnen erzeugten Rohstoffe nicht in ihrem Ursprung, sondern nur bearbeitet exportiert werden. Die Gesetz, daß die ausländische Bergindustrie, wie das früher vielfach geschah, die deutschen Rohstoffe billiger bekommt als die inländische Industrie, wird verringerung. In einer schwierigen Lage aber können durch diese Zusammenfassung leicht diejenigen Betriebe der Bergindustrie kommen, die an einen solchen Kongress nicht angeschlossen sind, besonders, so lange Rohstoffe und Kohlen knapp sind, werden sie schwierigkeiten bei ihrer Rohstoffversorgung haben und sie werden auch mit den einem großen Kongress angebunden werden, die nur schwer konkurrieren können, weil sie ihre Rohstoffe nicht so billig erhalten. Erstwegen werden wahrscheinlich kleinen Unternehmen, die bisher noch keine Beziehungen zur Montanindustrie hatten, versuchen, sich derartige Verbündungen zu schaffen. Von sozialistischen Standpunkten kann man diese Konzentration bewundern, in der Industrie nur begrüßen. Sie schafft in steigendem Maße

### die Voraussetzungen für die völlige Sozialisierung

des Wirtschaftslebens. Sozialisierung auf eigene Faust, so schreibt der Frankfurter Zeitung, könnte man die neuzeitliche Phase in unserer Wirtschaft nennen. Das Wort meint: Wenn schon Sozialisierung auf private Rechnung dulden, so ist wirklich nicht einzuschauen, worum der Besitz der Unternehmen dieser Konzerngruppe in privaten Händen bleiben muß, warum er nicht von der Allgemeinheit übernommen werden kann. Der Versuch, einen beständigen Kongress auf gemeinschaftlicher Grundlage zu errichten, wie dies vorher vorschlägt, sollte recht bald gemacht werden.

### Der Kongress der Metallgesellschaft für chemische Produkte, vormalig

#### H. Scheidemann

hat mit einer internationalen Gruppe, unter Führung der Amerikaner Blue-Compton in Boston, eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Die beiden Gruppen wollen ihre Arbeitstechniken und Erfahrungen austauschen und wegen Einführung und Verkauf für bestimmte Gebiete des Auslandes, in welchen sich geschäftliche Interessen treffen, in dauernde Verbindung treten. Sie verzögern sich auch im gleichen Verhältnis an der Errichtung einer Fabrik im fernen Osten. Die Mitglieder des Ausschusses werden ausgetauscht. Die Scheidemann-Gesellschaft hat in der Knochen- und Leimindustrie Deutschlands noch ein Monopol. Außerdem soll sie Patente von Präparaten gekauft haben, die den Wollmarkt erheblich belasten.

### Aus dem Vermögensbestande der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik und die

Stoffstoffwerke Oppau und Leuna bei Merseburg herausgenommen und in eine besondere Genossenschaft

gesetzt mit beschränkter Haftung mit einem Grundkapital von 500 Millionen M. eingebrochen worden. Gleichzeitig hat der Ausschuss der Rohstoffe vormalig Meister, Zugius u. Wöhning im Hörnchen a. Main, beschlossen, eine außerordentliche Generalsammlung einzuberufen, die die Zustimmung dazu geben soll, daß bei Satz zum 21. Dezember 1920 abgeschlossene Interessengemeinschaftsvertrag zwischen den Firmen der Rohstoffindustrie bis zum 31. Dezember 1995 verlängert wird. Ferner ist vorgesehen, daß sich die Firmen der Interessengemeinschaft zur fiktionalen Sicherstellung des Ausbaus der Eichstoffherstellung an der Großschiffahrt mit beschrankter Haftung beteiligen, die die Eichstoffwerke von Oppau und Leuna übernimmt. In den Werken zu Oppau und Leuna sind jetzt schon Kapitalien investiert, die sich auf mehrere Hundert Millionen belaufen und von den sechs Firmen der Interessengemeinschaft sowie vom Staat ausgebracht sind. Während die Anfänge des Oppauer Werkes in die letzten Kriegsjahre zurückreichen, ist mit dem Bau des Leuna-Werkes erst im Jahre 1915 begonnen worden. Die Badische Anilin- und Soda-Fabrik hatte zur Sicherung der Kohlenförderung der beiden Eichstoffwerke bedeutende Beteiligung am Braunkohlenbergbau erworben, die Werke in Oppau und Leuna haben im Jahre 1919 und 1920 15 800 Tonnen Eichstoff an die deutsche Farbwirtschaft geliefert. Nach vollgängem Ausbau der gesamten Anlagen sollen beide Werke allein in der Lage sein, den gesamten Bedarf der deutschen Landwirtschaft an Eichstoffdüngemitteln zu befriedigen. Von der Gesamterzeugung von 300 000 Tonnen sollen 200 000 auf das Leuna-Werk und 100 000 Tonnen auf das Oppauer Werk entfallen.

### Orenstein u. Koppel, A.G.

die durch Aktienläufe von angeblich unbekannter Seite von dem Gefahr bedroht war, überstrebten zu werden, will sich durch Ausgabe von Vorzugsaktien daran hält. In einer öffentlichen Ausschreibung wurde die Ausgabe von 8 Millionen M. Vorzugsaktien mit beschranktem Stimmrecht beschlossen. In der Ausschreibungswahl auf dem

### Rohstoffmarkt

scheint, wie in der Presse mitgeteilt wird, ein Stillstand einzutreten zu sein. Auf den Auktionen haben neue Verkäuferungen nicht mehr stattgefunden. Es halten sich auf dem deutschen Markt, wie der Frankfurter Zeitung berichtet wird, üble Sitten eingeschlichen, indem die Kleinhandel eine unerhörte Spekulation betrieb. Man hält besonders Kleinhandel aufgrund, weil man auf höhere Preise hofft. Es wird allerdings als gescheitert bezeichnet, daß die gegenwärtige flache lange andhalten wird. Während des Überganges zur freien Wirtschaft ist viel mehr geschahet worden, als der Verbrauch aufnehmen konnte, so daß sogar Fleisch verhort ist. Gegenwärtig lassen die Kaufhäuser nach, so daß man für die nächste Zeit mit einem geringeren Angebot wird rechnen können. Auch auf dem Lebendemarkt ist eine Geschäftsspanne eingetreten, die Lebendteile waren trotz hoher Nachfrage nicht zu erzielen, wie rohe Hühne und Helle. Während die Preise der Rohhäute bis zu 100 Prozent gestiegen waren, waren die Lebendhäute nur um 25 bis 30 Prozent in die Höhe gegangen, weil sich der Verbrauch verringerte, über eine höhere Spanne Preise anzulegen. Die Lebendverbraucher haben aus den Erzeugungen vom Frühjahr und Sommer dieses Jahres gelernt, sie wissen, daß der Absatz der Lebendwaren ins Sieden kommt, wenn die Preise zu sehr in die Höhe steigen.

Während des Juli und August ein Absinken des Geldflusses den Großlosen gehabt hat, sind im September den Sparziffern wieder große Summen zugelassen, die Einlagen vermehrten sich um 700 Millionen M. gegen 200 und 400 im September der beiden Vorjahren und gegen 400 im August.

# Sozialdem. Verein Dresden-II.

In den bekannten Gruppenlokalen

heute Donnerstag  
abends 7 Uhr:

Morgen Freitag  
nachmittags 4½ Uhr:

## VI. Kreis!

Sonnabend den 13. Februar, nachmittags  
4 Uhr, in den Stadt- und Vorortbezirken

## Flugblattverbreitung

Genossen und Genossinnen, tut eure Pflicht! Die Verbreitung geschieht von den bekannten Lokalen aus. In den Landbezirken melden sich die Genossen vollzählig am Sonnabend nachmittag zur Partiarbeit bei den Bezirksführern oder Gruppenleitern.

### SPD. Königsbrück u. Umgebung

Sonnabend den 13. November 1920, abends 8 Uhr

im Saal des Schwarzen Adlers

### Wähler-Versammlung.

Thema: In letzter Stunde.

Redner: Holm Lehmann, Reichsbühl, d. Verh. 1. Kl. Oberschulenkant.

Freie Wahlrede. (b 416) Der Einberufer.

### SPD., Bezirke: Löbtau, Naumburg, Wölfnitz.

Freitag den 12. November, abends 7½ Uhr

### Wähler-Versammlung

im Drei-Kaiser-Hof, Löbtau (der Saal ist gut geeignet)

Referent:

### Ministerpräsident Genosse Buck

Wähler und Wählerinnent Erleichter im Massen. Der Einberufer.

Wählt die Liste: Endermann + Schwarz + Eva Büttner.

### Sozialdem. Verein Dresden-II.

5. Unterbezirk.

Freitag den 12. November, abends 8 Uhr

### Gruppenversammlungen

1. Gruppe: Demokrathotel, Terrassenstraße, Gds. Wohnung

2. Gruppe: Restaurant Novaf, Söllnitzstraße 15

3. Gruppe: Restaurant zum Schenfelder, Rauhochstraße 15

4. Gruppe: Restaurant Wildschönau, Friedberger Straße 9

5. Gruppe: Restaurant Wilsbach, Altenbergsche

6. Gruppe: Restaurant Scholze, Schönscheide 12

7. Gruppe: Restaurant Bernert, Wölfnitzstr. Gds. Wohnung

8. Gruppe: Restaurant Biedler, Wölfnitzstr. 81.

Dienstausgabe. Vorstandsbereich.

### Bezirk Reichenberg.

Freitag den 12. November, abends 8 Uhr

in der Brauerei

### Bezirks-Versammlung.

1. Abgabe der Wahlarbeit.

2. Verschiedenes.

Gänßliche Gruppenleiter aus Reichenberg, Wilsbach, Wölfnitz, Wölfnitzhof, Pöhlendorf und Grünbach werden hier auf bestimmten Zeit einfinden.

Die Verteilung. (b 416)

Stadt Pirna

Pirnaische Straße 3  
Fremdenzimmer  
Gärtnerliche Trinkstube

Fedorbett

Bettlände im West. Bett-  
u. Bettwäsche, Zubehör

Gründen, Kissen,

Decken, Bettdecken,

Kissen, Bettdecken,

Wolldecken, Bettdecken

Steinplatte, Bettdecken

Steinplat







**Nährung der Vollmilchfarten für die Kinder im 5. u. 6. Lebensjahr.**

Die Bekanntmachung vom 5. November über weitere Nährung der Vollmilchfarten wird hiermit angeschlossen.  
Alle folgenden Sätze gelten die auf 7. Alter lautenden roten Vollmilchfarten für Kinder im 5. und 6. Lebensjahr nur noch mit 5. Alter.  
Vollmilch beiseite gestellt werden auf Grund vom § 84 und 10 der Verordnung des Ministers des Inneren und des Reichsministeriums vom 5. November 1919 betreffend Unterhaltung und Erziehung der Kinder im 5. und 6. Lebensjahr.

— 150 II —  
Unter den Kleinenleibständen

1) der Ausländerin Emilie Koch,  
2) der Frau Anna Peters, Maumann,  
3) des Wirthsmöbelgers Theodor Grotz  
in Cunnersdorf bei Großdöbeln in der Wau- und Kleinenleibende festgestellt worden.  
Als Spezialgebiet hat der gesamte Ort Cunnersdorf, als Beobachtungsgebiet die Orte Großdöbeln und Schmiedeberg einbezogen des Ministeriums für Landwirtschaft zu gelten. — Hat die Bekanntmachung des § 10 der Unterhaltungsverordnung vom 5. November 1919 zum Viehbestandsgesetz wird natürlich hinzugezogen.

Dresden-Reichenbach, den 10. November 1920. 1110

Die Wirtschaftsbehörde.

Unter dem Mindestlohn der Frau Martha vom Schreiber in Horpach Nr. 48 (Ortsstelle Baumwolle) in die Wau- und Kleinenleibende festgestellt worden.

Als Spezialgebiet hat der Ortstelle Baumwolle, als Beobachtungsgebiet der Ort Horpach zu gelten. 1110

Dresden-Reichenbach, den 10. November 1920.

Die Wirtschaftsbehörde.

Zusätzliche Auskunft der Wau- und Kleinenleibende in Weichau wird das auf das Gebiet des Wirtschaftsbehörde Michael Grotz in Weichau Nr. 5 verhältnis gemachte Übergebot auf den ganzen Ort Weichau aufgehoben.

Dresden-Reichenbach, den 10. November 1920. 1110

Die Wirtschaftsbehörde.

**Birna.** Sicherheit bei Theatervorstellungen. Röhre festen und breiten. Wir bringen in Erinnerung, daß hier bei allen theatralischen Vorstellungen, auch solchen von Theaterleuten, Aufführungen lebender Bilder, Modellbauten, Kostümen, Masken und kostümlichen Verkleidungen, bei denen Bühnen- und Zuschauerrückungen bestehend sind oder durch vorübergehende Objektivität die Sicherheit der Freiheitlichkeit erholt wird, eine Sicherheit zu liefern ist. Sicherheit ist vorherzusehen, mindestens zwei bis drei Tage vorher, beim Programm der Freiwilligen Feuerwehr Herrn Postmann Pragmäler, Reichenstrasse 14 zu beantragen. Die Sicherheit ist dann sofort zu errichten. Sie verträgt bei theatralischen Vorstellungen 10 M. bei Schuhmäler 30 M. bei Stoffmäler.

Sicherheit vernehmen wir auf folgende Verhältnisse der Feuerwehr vom 1. Juli 1920.

Bei allen theatralischen Vorstellungen müssen neben austretenden Wasser einige mit einer gewissen Sicherheit vorhanden sein. Sicherheitsvorschriften im Wasserdienst, Stoffmäler und prahlend sind dann barhant, wenn sie den ersten Verteilern nach den Flammen nicht gehorchen. Sicherheit des Saales sowie zu Rauchen umzurichten nur Kommandanten geradzu Stoffe verhindern werden. Die Wiederholung der Sicherheitsvorschriften zum Fabrikanten und Fleischigen des Saales ist verboten. Rauch- und Radetabellen dürfen nicht länger als 3 Tage bestehen werden.

Sicherheitsvorschriften werden mit Geld bis zu 100 Mark bestraft.

Birna, 6. November 1920. Der Rat der Stadt Birna.

Die Sitten des von Schultheißen Konstantin Gottschall erzielten Ver-

ständnis, die zur Unterstützung an bestimmte Bürger und Wahlen, der in ihrem Besitz verfügbaren oder verlorbenen Gewinnreichtum der Vermögens- und persönlichen End, lädt zu genehmigen.

Geduld mit inselbst genauer Aussage über persönliche Verhältnisse, gütiger, Einverständnis mit der Gewinnreicher, Wahl und Wahlen der Bürger und Wiederholung eines Urtheils über verdecktigten und Wiederholung bis zum 30. November 1920 hier auszureichen.

Geplante eingehende Geduld können nicht berücksichtigt werden.

Birna, am 10. November 1920. Der Rat der Stadt Birna.

Staatsanstalt für Krankengymnastik und

Message: Dresden, Wielandstrasse 2

Polyklinik für Unbefriedigte

Aufnahme neuer Kränke, Männer, Frauen und Kinder, werktags von 8-10 Uhr. 1174

Dr. med. Niehaus (b122)

Kesselsdorfer Str. 16, zurück.

Am Dienstag verglich unter lieber Freunde

Hermann Israel.

Seit langem Jahren beim Kaufhaus am gegenüber, hat er jedeszeit maxima Interesse unter Geschäftsführern entgegengebracht.

Sein Andenken werden wir allein in Eben halten.

Die Beerdigung findet Freitag, morgens, 10 Uhr, vom Trauerzug, Paula, Adelheid, Friederike und Karl, aus statt.

Aufschluss und Vorstand

der Produktionsgenossenschaft der Schneider.

Vom Große unser lieben Winter zurück, fingen wie allen Verwandten, Bekannten sowie allen denen, die sie durch Geschenk und letzten Gesicht ehren, den aufrichtigen Dank.

In tiefer Trauer 1153

Robert Härtner und Kinder.

**Erklärung.**

Der Geschäftsführer gebt ich hierdurch bekannt, daß ich in der von mir verwalteten Auslandsgesellschaften, wie von Herrn Lehrer, Deben, nicht zu Hause gesessen bin. Ich habe keine Legit. nach dem Kaufleiderecht erlaubt, mich zu kaufen und nehmen die geschuldeten Beiträge gegen Herrn Lehrer, Deben, zurück.

Georg Leiske, Deben, Schulstraße 45.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Jahrg. St. Dresden und Umgebung.

Geschäftsstelle Dresden-U., Schlesisches 20, 3.

Für unsre Gewerkschaft und die damit zusammenhängenden Arbeiten wird

für möglichst baldiges Wurzeln eine

tüchtige Hilfskraft gesucht.

Collegen oder Bekannte, die ihre Arbeitswelt und an ein energetisches, stolzhafter und vorausschauendes Arbeitsergebnis sich wünschen.

Bedingungen: Ein Bericht kommt nur Mitglieder der Sozialistischen Partei, die mindestens 5 Jahre Mitglied unterm Band und für diese Zeit eine Würde haben.

Weserer oder Gewerkschaften haben an ihrer freien Selbstbeschreibung einen Abschnitt noch eins Arbeit über die Ausbildung und Handhabung des Stammes einzufügen.

Bewerbungen sind bis 15. November 1920 zu richten an Otto Grafe,

Dresden-U., Schlesisches 20, 3. und müssen die Aufschrift "Bewerbung"

tragen.

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148

1148